

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 5

Artikel: Autoritärer Übergang zur Demokratie?
Autor: Orlow, Boris
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093260>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Autoritärer Übergang zur Demokratie?

In einem Land wie der Sowjetunion braucht es den autoritären Übergang zur Demokratie. Diese Erkenntnis aber rechtfertigt in der UdSSR selbst vornehmlich jene Leute, die es anders meinen.

Zu dieser Schlussfolgerung gelangt der sowjetische Geschichtsdozent Dr. Boris Orlow. Wir bringen in einer gerafften Fassung seinen Beitrag aus «Neue Zeit» (Moskau, Nr. 7/1991). In seiner Form stellt er eine Erwiderung auf einen Artikel dar, den die gleiche Zeitschrift zuvor veröffentlicht hatte, aber die behandelten Fragen sind auch per se verständlich.

Mit seinen Publikationen vertritt Andranik Migranjan jenen Teil unserer jungen Politologie, der sich an die Semantik und das Instrumentarium der westlichen Politologie lehnt (was soweit auch statthaft ist) und versucht, diese Kriterien auf unser eben erst entstandenes politisches Leben zu übertragen, welches aber für eine solche Übung ungeeignet ist.

Die politologischen Patienzen mit den «Konservativen», den «Demokraten» und den «Radikalen» ziehen die Aufmerksamkeit der westlichen Experten auf sich, weil solche Analysen in einer Sprache gehalten sind, die sie verstehen können. Nur bedeutet das noch keine Übereinstimmung mit der Wirklichkeit. Bei uns laufen die Dinge in einer Gesetzmässigkeit ab, die mit der Gesetzmässigkeit westlicher Definition nicht identisch ist.

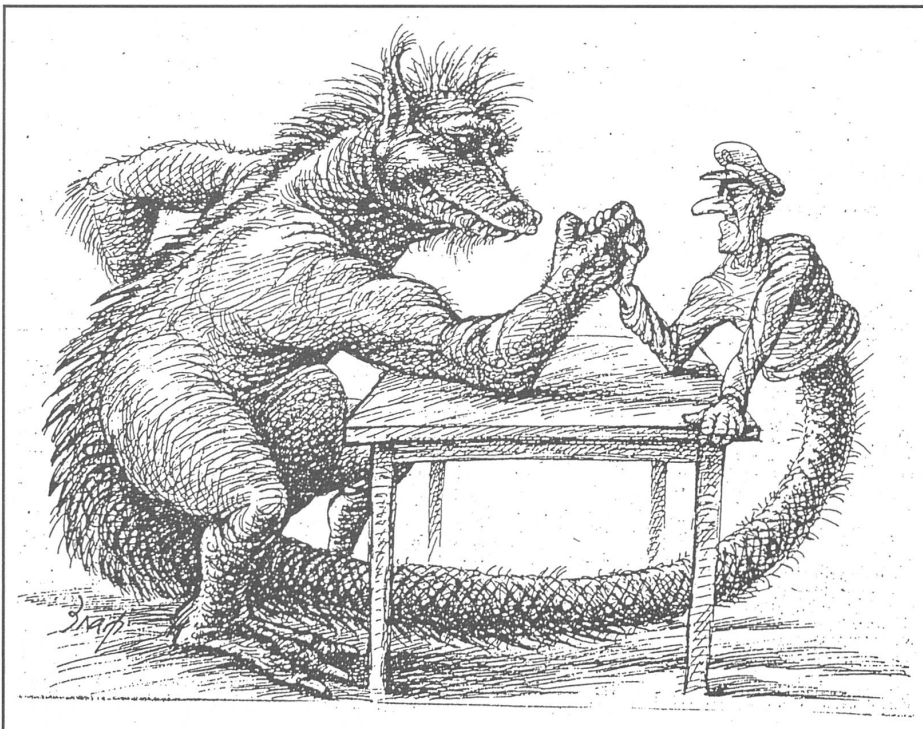
Aufgrund solcher Politologie hat man Massnahmen unserer Politiker als gerechtfertigte, ja sogar als unerlässliche Schritte begutachtet. Und eine dieser Schlussfolgerungen betrifft den Nutzen einer autoritären Führung.

Bis vor kurzem noch konnte man sich jener Art von Apologetik gegenüber agnostisch verhalten und im Alltagsgeschehen diesen Standpunkt gelten lassen wie jeden andern auch. Aber jetzt, da der Apparat die Rückkehr zur geübten Ordnung plant, mit den

alten Methoden parallele Machtorgane schafft und Blutvergiessen in Kauf nimmt, nehmen sich wissenschaftliche Vorschläge zu einem autoritären Führungsstil anders aus.

Was die demokratisch orientierten Politiker tun, behagt dem Politologen Migranjan nicht, und belehrend rechnet er ihnen dieses oder jenes Misslingen vor. Und misst dabei ihr Soll an einer demokratischen Ordnung, die es bei uns noch gar nicht gibt. Bei unserer «dosierten Demokratisierung» befinden sich die wichtigsten Hebel der Macht nicht in den Händen der demokratisch gewählten Körperschaften, sondern in den Händen jener, die hinter den Kulissen tätig sind. Jetzt arbeiten sie ihre Rückführungspläne aus, jetzt stärken sie die Macht der Armee und der Repressivorgane.

Die Demokraten ihrerseits haben nicht in politologischen Colleges studiert. Zur Perestrojka sind sie gekommen wie die Jungfrau zum Kind, ohne auf die Aufzucht vorbereitet zu sein. Der Prozess ist grundsätzlich neu



Interne Kraftproben.

Links: «Moskowskije Nowosti», Moskau, 10. 2. 1991

Oben: «Neue Zeit», Moskau, Nr. 6/1991

und notwendigerweise unklar, auch für sie. Es ist ein präzedenzloses Unterfangen, an das sie sich gemacht haben: einen in sieben Jahrzehnten erstarrten Organismus wieder-aufleben zu lassen.

Ich erinnere daran, dass ein anderes totalitäres Regime, der deutsche Nationalsozialismus, nur 12 Jahre existierte. Es wurde durch die alliierten Truppen zerschlagen, und es bedurfte der Hilfe der Besatzungsmächte, um im westlichen Teil Deutschlands eine demokratische Ordnung zu schaffen.

Zu Beginn der Perestrojka gab man sich auch unter Demokraten der Überzeugung hin, man könne auf den Ausgangspunkt von 1917 zurückkommen und alle Macht den Räten übergeben. Auf diese Weise liesse sich der Parteiapparat entmachten. In der Praxis sah das dann allerdings so aus, dass die Parteichefs die Führung der Sowjets an sich brachten, oft genug noch unter Beibehaltung ihres bisherigen Amtes. Indessen ist das allein nur halb so schlimm.

In den Jahrzehnten zuvor hatten die Sowjets bloss als Tarnung der totalitären Macht gedient. Jetzt aber, da man sie als Träger der Macht auch funktionieren lassen will, zeigt sich ihr Gebrechen in der Anlage. Laut ihrem ursprünglichen ideologischen Anspruch im Sinne Lenins und der sozialistischen Klassiker sollten sie die Befugnisse von Legislative, Exekutive und Kontrolle vereinigen, und so etwas funktioniert im normalen Leben nicht, weil es nämlich gar nicht funktionieren kann.

Deshalb geraten die Demokraten in den Sowjets aller Stufen aneinander, wenn sie versuchen, den Knoten zu entwirren, um die angesagte Volksmacht zu ermöglichen.

In welchen politologischen Lehrbüchern können sie da Hilfe finden? Sind die international ausgearbeiteten Schemata überhaupt für unsere Gesellschaft geeignet?

Die Perestrojka wird zur Hauptsache von der dritten Generation getragen, die unter totalitären Bedingungen aufgewachsen ist. Sie ist geprägt von der eingezwungenen Doppelzüngigkeit, ein Phänomen, das von der internationalen Politologie nicht vorgesehen ist. Nun versuchen die Vertreter dieser Generation, den Sklaven in ihrem eigenen Innern loszuwerden, mit ganz unterschiedlichem Erfolg.

Diese Generation war in ihrem anästhesierten Zustand bereits vom totalitären Regime in seine Dienste genommen worden. Es hatte die ganze Gesellschaft in die Atmosphäre einer belagerten Festung getaucht und nötigte grosse Teile der werktätigen Bevölkerung, für die Militarisierung zu arbeiten, schon ganz direkt auch in der Armee oder im militärisch industriellen Komplex. In diesen Bereichen sind bis heute noch Millionen von Leuten tätig, schon fast das ganze Potential unserer Ingenieure und Techniker.

Wohin wären denn diese Menschen politisch einzuteilen? Zur Linken? Zur Rechten? Die herkömmlichen Einteilungsbegriffe versagen.

Jene, die am Fließband weiterhin Raketen bauen oder unter Waffen stehen, erkennen heute zunehmend, dass das Land praktisch keine äusseren Feinde hat und dass ihre Arbeit demzufolge bloss eine Verschwendung von Ressourcen darstellt, von keinerlei Volksinteresse getragen. Sie werden vom Umdenken existentiell betroffen, und was hat das auf ihr eigenes politisches Denken für Auswirkungen?

Wie soll ferner die traditionelle Politologie mit der Tatsache umgehen, dass bei uns jahrzehntelang die Landkarten umgemodelt wurden, immer wieder? Ganze Völker sind umgesiedelt worden, kreuz und quer. Was ergibt sich daraus, wenn die ursprünglich ansässigen Völker versuchen, zugleich mit der Absage an den von ihnen besonders erlittenen Totalitarismus auch ein neues Nationalgefühl zu entwickeln? Heute versucht das Zentrum, die betreffenden Völker gegen die Umgesiedelten auszuspielen. Es gibt unvorstellbare Schwierigkeiten, und es gibt unredliche Manöver.

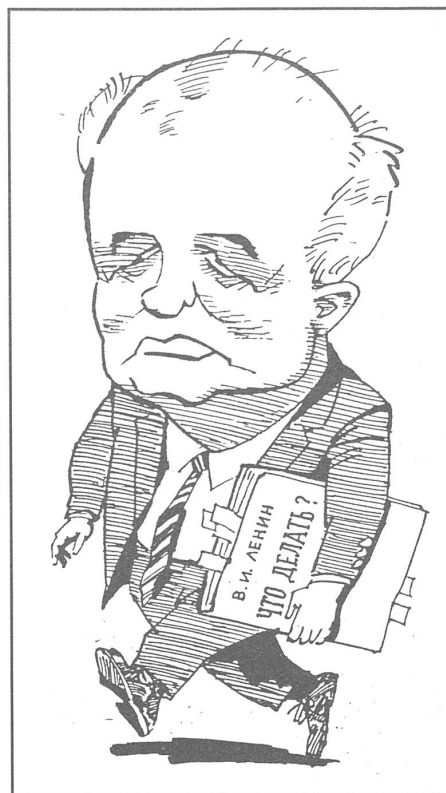
Andranik Migranjan schlägt einen autoritären Übergang zur Demokratie vor: «Die Umgestaltung im Wirtschaftsbereich verwirklichen, um die Gesellschaft organisch zusammenzufügen, um einen Kern einer bürgerlichen Gesellschaft zu schaffen – erst danach die Reform des politischen Systems durchführen.»

Sehr schön. Erst einmal die Herde unter Weisung der Hirten neu gruppieren. Vorausgesetzt wird dabei, dass sich die Bestandteile der Herde, nämlich Menschen, damit einverstanden erklären. Aber das tun sie nicht. Sie wollen ein menschnormales Leben leben, hier und jetzt. Ihren Willen haben sie bei den Wahlen schon kundgetan.

Unzufrieden ist Andranik Migranjan insbesondere mit der «Souveränitätsparade». Und er stellt dabei «mit Verlaub» fest, dass viele Politiker und Politpublizisten bei ihrer Behandlung der Souveränitätsfrage weit davon entfernt seien, die Charakteristika der Staatlichkeit zu verstehen.

Womit er ja recht hat, notgedrungen. Die Getadelten kennen ihren Tocqueville tatsächlich nicht. Dafür wollen sie sich so schnell wie möglich als Menschen fühlen und keine Sklaven eines Zentrums sein.

Aber was die territoriale Entflechtung angeht: Sie ist für eine erste Zeit nur natürlich. Und sie ist unvermeidlich. Schliesslich



Gorbatschow mit dem Buch Lenins «Was tun?» («Krokodil», Moskau, Nr. 4/1991)

geht es um ein riesiges Land mit mehr als hundert Völkern. Aber die bisherige Entwicklung zeigt bereits Lösungen an. Schon sind horizontale Verbindungen zwischen verschiedenen Republiken und zwischen verschiedenen Regionen entstanden. Der Kreis der Probleme, die sich nur zentral lösen liessen, wird enger. Die zentrale Befehlsgebung ist ersetzbar durch die Selbstregulierung der jeweiligen Interessen.

Die Aufgabe der Politiker ebenso wie der politologischen Ratgeber bestünde nun darin, danach zu streben, dass sich dieser Prozess auf demokratischer Grundlage abspielt statt auf autoritärer.

Aber gesetzt selbst das Konzept vom autoritären Übergang zur Demokratie wäre an sich realisierbar, stellt sich immer noch die Frage, woher denn die gebildete Autoritätsperson kommen soll, das zu gewährleisten. Doch wohl nicht ausgerechnet aus jenem Apparat, der ausserhalb seiner totalitären Methoden führungsunfähig ist? Aber woher denn sonst? Die KPdSU ist immer noch die herrschende Kraft in Politik und Wirtschaft.

Meiner Ansicht nach ist der Zeitpunkt gekommen, in welchem die Möglichkeiten einer «dosierte Demokratisierung» erschöpft sind. Es braucht den Übergang zu einem qualitativ neuen Zustand. Die Schwierigkeiten sind ungeheuer. Da brauchen wir keine überheblichen Belehrungen, sondern guten Willen.